

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

18.00 Uhr - 20.50 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Dieter Dilling

(ab 18.10 Uhr)

Ratsfrau Herta Everwien

Beigeordnete Helga Grix

(bis 20.30 Uhr)

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Jürjen Heinks

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Gregor Strelow

ab TOP 3 b)

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

(bis 20.35 Uhr)

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Reinhard Hegewald

(bis 20.20 Uhr)

Ratsherr Uwe Hellmann

Ratsfrau Monika Hoffmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsherr Günter Strelow
Ratsherr Hermann Züchner

F.D.P.

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Erich Bolinius

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Ewald Fürst
Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 15 Zuhörerinnen und Zuhörer
Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 37 Ratsmitglieder anwesend.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, folgende Tischvorlagen würden zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt und unter TOP 3 a) - e) behandelt:

- | | |
|---------|--|
| 13/1625 | Feststellung des Sitzverlustes des Ratsherrn Friedhelm Mer-
kentrup (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO) |
| 13/1626 | Nachrücken einer Ersatzperson in den Rat der Stadt Emden (§
36 NGO) und Verpflichtung |
| 13/6/2 | Umbildung des Verwaltungsausschusses;
- Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin |
| 13/10/3 | Neubestimmung von Ausschussvorsitzenden |
| 13/9/8 | Ausschussumbesetzungen |

Einwendungen gegen die erweiterte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 01.03.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 3a): Vorlage T 13/1625
Feststellung des Sitzverlustes des Rats Herrn Friedhelm Merckentrup (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO)

Beschluss: Der Rat stellt fest, dass die Voraussetzungen gem. § 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO für den Sitzverlust des Rats Herrn Friedhelm Merckentrup vorliegen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 3b): Vorlage T 13/1626
Nachrücken einer Ersatzperson in den Rat der Stadt Emden (§ 36 NGO) und Verpflichtung

Der im Rat der Stadt Emden freigewordene Sitz des Herrn Friedhelm Merckentrup, der seinen Verzicht gem. § 37 Abs. 1 Ziff. 1 NGO schriftlich erklärt hat, ging aufgrund des Ergebnisses der Kommunalwahl vom 15.09.1996 gem. § 44 Abs. 1 NKWG auf

Herrn Gregor Strelow, Basaltstr. 19, 26725 Emden,

über.

Herr Strelow hat am 23.05.2001 zur Niederschrift erklärt, dass er das Mandat annimmt.

Die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Emden beginnt gem. § 36 NGO beim Nachrücken als Ersatzperson frühestens mit der Feststellung des Sitzverlustes des Vorgängers (§ 37 Abs. 2 NGO).

Über die von **Herrn Brinkmann** vorgenommene Pflichtenbelehrung und die förmliche Verpflichtung wurde eine Niederschrift gefertigt, die von Herrn Strelow und dem Oberbürgermeister unterzeichnet und zu den Akten genommen wurde.

Punkt 3c): Vorlage T 13/6/2
Umbildung des Verwaltungsausschusses;
- Benennung eines Vertreters/einer Vertreterin

Beschluss: Als Vertreter für Beigeordneten Leeker wird anstelle von Herrn Merckentrup für die restliche Dauer der 13. Wahlperiode Herr Jahnke benannt.

Als Vertreterin für Beigeordneten Haase wird anstelle von Herrn Jahnke Frau Pohlmann benannt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 3d): Vorlage T 13/10/3
Neubestimmung von Ausschussvorsitzenden

Beschluss: Der Rat stellt die nachstehende Änderung in der Besetzung eines Ausschussvorsitzes fest:

Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen

bisher: Friedhelm Merkentrup

neu: Horst Jahnke

Ergebnis: einstimmig

Punkt 3e): Vorlage T 13/9/8
Ausschussumbesetzungen

Beschluss: Der Rat stellt folgende Ausschussumbesetzungen fest:

Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen

Ratsherr Gregor Strelow anstelle von Herrn Friedhelm Merkentrup

Geschäftsordnungsausschuss

Ratsherr Gregor Strelow anstelle von Herrn Friedhelm Merkentrup

Kulturausschuss

Ratsherr Gregor Strelow anstelle von Herrn Friedhelm Merkentrup

Ergebnis: einstimmig

(Herr Dilling nimmt an der Sitzung teil.)

Punkt 4: Vorlage 13/1594
Allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters

(Herr Röttgers nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Herr Brinkmann führt aus, mit Ablauf des 31.05.2001 scheidet Herr Hemken, sein bisheriger Vertreter, aus den Diensten der Stadt Emden aus. Da zum Jahresende auch Herr Fürst in den Ruhestand gehe, halte er es für geboten, die Position des Vertreters sofort wieder zu besetzen. Er schlägt deshalb dem Rat vor, Herrn Röttgers zu seinem Stellvertreter zu wählen, und bitte um ein positives Votum.

Herr Janßen erklärt, es sei sicherlich unbestritten, dass der Verwaltungschef einen Stellvertreter haben müsse. Seine Fraktion sei jedoch der Meinung, dass man die Kommunalwahl am 09.09.2001 abwarten und mit dem neuen Rat die Voraussetzungen schaffen sollte, einen Stellvertreter zu benennen.

In der letzten Ratssitzung sei auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen worden, eine der beiden freiwerdenden Wahlbeamtenstellen wieder zu besetzen und die Kriterien für die

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Ausschreibung festzulegen. Da man nicht wisse, wer als neues Mitglied in den Verwaltungsvorstand komme, sollte man zunächst abwarten und noch nicht tätig werden.

Da seine Fraktion wisse, dass sie mit diesem Begehren nicht durchdringen werde, beantrage sie geheime Wahl.

Herr Leeker bemerkt, die CDU-Fraktion sei im Herbst letzten Jahres noch der Meinung gewesen, dass ein weiterer Dezernent nicht installiert werden sollte, und jetzt wolle sie auch den Vertreter des Oberbürgermeisters nicht aus dem vorhandenen Verwaltungsvorstand benennen. Er frage sich, wie das zusammenpasse.

Herr Janßen entgegnet, seine Fraktion habe sich eindeutig dahingehend geäußert, dass sie ein Mitglied des Verwaltungsvorstandes nicht vor dem 09.09.2001 wählen und Tatsachen schaffen wolle, sondern dem neuen Rat die Entscheidung überlassen möchte.

Herr Renken ist der Meinung, dass der Oberbürgermeister mittlerweile eine andere Position einnehme, zumindest habe er den Fraktionen versprochen, eine Vorlage für das Ausschreibungsverfahren zu entwickeln, so dass in der nächsten Sitzung ein entsprechender Beschluss gefasst werden könne.

Man werde den Antrag der CDU-Fraktion auf geheime Abstimmung unterstützen, weil s. E. dieser Punkt einen Anspruch auf ein ehrliches Ergebnis habe. Der Oberbürgermeister habe das Vorschlagsrecht, er müsse dann aber auch sehen, dass er die nötige Mehrheit finde.

Herr Bolinius bekräftigt die Position seiner Fraktion, die von Anfang an gesagt habe, dass man wieder einen Finanzchef im Vorstand haben müsse. Letzten Endes hätten sich alle dazu durchgerungen, und auch Herr Brinkmann habe gemerkt, dass es ohne einen Finanzfachmann nicht gehe.

Bei der heute anstehenden Wahl gehe es um den Stellvertreter des Oberbürgermeisters, der gesetzlich vorgeschrieben sei. Es kämen also nur Herr Fürst oder Herr Röttgers infrage.

Herr Brinkmann führt aus, er müsse in erster Linie einen Vertreter haben, damit die Geschäfte während seiner Abwesenheit weiterlaufen und wichtige Dinge von einem Verantwortlichen unterzeichnet werden könnten.

Es verbiete sich nicht, Herrn Fürst zu wählen, der dann nur für kurze Zeit als Stellvertreter fungiere, nur habe der Oberbürgermeister das Vorschlagsrecht und der Rat könne keinen Gegenkandidaten bestimmen. Sollte Herr Röttgers heute keine Mehrheit finden, werde man Gespräche führen müssen, wie man eine vernünftige Verwaltung führen wolle, wenn nicht bestimmte Hierarchien geklärt seien. In jedem normalen Betrieb sei das selbstverständlich. Er halte Herrn Röttgers für qualifiziert, seine Stellvertretung zu übernehmen, wenn es geboten erscheine. Das habe bisher funktioniert und werde auch in Zukunft funktionieren.

Frau Everwien weist darauf hin, dass nach der Kommunalwahl nicht sofort am 10.09.2001 ein Stellvertreter gewählt werde, sondern der neue Rat sich erst im November konstituiere. Bis dahin sei es noch über ein halbes Jahr hin.

Herr Jahnke möchte zu den Ausführungen von Herrn Bolinius anmerken, dass auch seine Fraktion es von Anfang an für unabdingbar gehalten habe, dass eine fachliche Besetzung erfolge, die die Finanzen abdecke. Man wolle zwar nicht auf vier Vorstandsmitglieder aufstocken, aber die dritte Position sollte besetzt werden.

Herr Dr. Kleinschmidt lässt die geheime Abstimmung durchführen.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Als Wahlhelfer werden Frau Everwien sowie die Herren Rosenboom, Günther Strelow und Dr. Beisser benannt.

Wahlkabine, Wahlurne und Schreibgerät sind bereitgestellt.

Die Ratsmitglieder gehen einzeln zur Stimmabgabe.

Die Auszählung der Stimmen erfolgt durch die Wahlkommission.

Herr Dr. Kleinschmidt gibt das Ergebnis wie folgt bekannt:

39 Ratsmitglieder sind anwesend,
39 Stimmzettel wurden abgegeben.

18 Ratsmitglieder stimmten mit Ja,
19 Ratsmitglieder stimmten mit Nein,
2 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

Er stellt fest, dass damit Herr Stadtbaurat Röttgers nicht mit der allgemeinen Vertretung des Oberbürgermeisters beauftragt worden ist.

Auf Bitten von Herrn Brinkmann wird die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen, um mit den Fraktionsvorsitzenden ein Gespräch zu führen.

Herr Brinkmann führt aus, das Ergebnis müsse man akzeptieren. Gleichwohl schlage er direkt danach in einem zweiten Wahlgang Herrn Röttgers wiederum vor. Er appelliere nochmals an den Rat, dass der ordnungsgemäße Fortgang in der Führungsspitze der Verwaltung gewährleistet sein müsse, und bitte herzlich darüber nachzudenken, wie das Verhalten im zweiten Wahlgang ausfallen könnte. Die Fraktionsvorsitzenden hätten signalisiert, dass sie sich zurückziehen möchten.

Die Sitzung wird erneut für 10 Minuten unterbrochen.

Herr Brinkmann fährt fort, man befinde sich im 2. Wahlgang, und dafür seien andere Vorschriften der NGO maßgebend. Er bitte darum, diese vorzutragen. Die geheime Abstimmung bleibe bestehen.

Herr Schmidt erklärt, es sei überprüft worden, wie die Stimmenzählung im zweiten Wahlgang auszusehen habe. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die relative Mehrheit genüge, d. h. es würden nur die Ja-Stimmen gezählt, während die Nein-Stimmen unter den Tisch fielen.

Auf Rückfrage von **Herrn Janßen** erklärt **Herr Schmidt**, dass eine einzige Stimme bei ansonsten Nein-Stimmen genügen würde, um Herrn Röttgers zu wählen.

Herr Janßen kündigt an, das rechtlich prüfen zu lassen.

Herr Rosenboom bittet um genauere Erklärung des Abstimmungsverfahrens im zweiten Wahlgang.

Herr Schmidt liest aus der Thiele-Kommentierung vor:

"Das Wahlverfahren des Abs. 2 gilt auch für den Fall, dass nur ein einziger Bewerber vorhanden ist; diese Möglichkeit hat das Gesetz wie Abs. 1 Satz 1 zeigt in Betracht gezogen. Im zweiten Wahlgang ist der Bewerber gewählt, der die meisten Stimmen erhalten hat. Im

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Extremfall genügt daher eine Stimme, wenn z. B. die anderen Ratsmitglieder dem Bewerber ihre Stimme versagt haben, weil sie ihn ablehnen oder Enthaltung üben."

Herr Dr. Kleinschmidt gibt das Ergebnis des zweiten Wahlganges bekannt:

39 Ratsmitglieder sind anwesend,
39 Stimmzettel wurden abgegeben.

19 Ratsmitglieder stimmten mit Ja,
17 Ratsmitglieder stimmten mit Nein,
2 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme,
1 Stimme ist ungültig.

Damit sei Herr Röttgers mit der allgemeinen Vertretung des Oberbürgermeisters beauftragt.

Herr Röttgers bedankt sich für die mehrheitliche Zustimmung, auch wenn diese knapp ausgefallen und etwas geheimnisumwittert sei, was den zweiten Wahlgang angehe. Er werde sich bemühen, ein würdiger Vertreter des Oberbürgermeisters zu sein. Etwas schwerer werde es ihm fallen, in die Fußstapfen des Kämmerers zu treten. Dieser habe das Geld immer festgehalten, und er habe es immer ausgegeben.

Beschluss: Der Rat beauftragt

Herrn Stadtbaurat Johannes Röttgers

mit Wirkung vom 01.06.2001 mit der allgemeinen Vertretung des Oberbürgermeisters.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 19
Dagegen: 17
Enthalt.: 2
ungültig: 1

Punkt 5: Vorlage 13/1573

Entlassung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Emden-Larrelt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Beschluss: Der stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Larrelt, Herr Harald Bekker, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 in Verbindung mit § 38 Nds. Beamtengesetz mit dem Wirksamwerden der Ernennung zum Ortsbrandmeister aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortsbrandmeister zu entlassen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 6: Vorlage 13/1574
Ernennung des Feuerwehrmannes Harald Bekker zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Larrelt

Beschluss: Der Feuerwehrmann Harald Bekker ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Larrelt zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage 13/1606
Entlassung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte aus dem Ehrenbeamtenverhältnis

Beschluss: Der stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte, Herr Ingo Tuitje, ist auf seinen Antrag gemäß § 195 in Verbindung mit § 38 Nds. Beamtengesetz mit dem Wirksamwerden der Ernennung zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Stadt Emden aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortsbrandmeister zu entlassen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/1607
Ernennung des Feuerwehrmannes Ingo Tuitje zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Stadt Emden

Beschluss: Der Feuerwehrmann Ingo Tuitje ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Stadtbrandmeister der Stadt Emden zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/1608
Ernennung des Feuerwehrmannes Heinrich Boomgaarden zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte

Beschluss: Der Feuerwehrmann Heinrich Boomgaarden ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Stadtmitte zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 10: Vorlage 13/1546/2
I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001

Herr Hemken führt aus, der I. Nachtrag für das Haushaltsjahr 2001 sei entwickelt worden aus dem Abschluss des Jahres 2000. Es sei gut gewirtschaftet worden, man habe die Ausgaben im Zaum halten und die Einnahmen beträchtlich erhöhen können. Außerdem sei es gelungen, das Haushaltsdefizit, das man befürchtet habe, auszugleichen. Es könnten deshalb für den I. Nachtrag 20 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsvorstand habe zunächst Vorschläge unterbreitet, die zum größten Teil aus Tiefbaumaßnahmen, den Hochbaumaßnahmen Hallenbad und Theater sowie den erforderlichen Maßnahmen im Binnenhafen bestünden. Es sei darüber eingehend im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen sowie in den Fraktionen beraten worden. Die sich ergebenden Änderungen seien wiederum im Fachausschuss erörtert worden.

Es werde daher empfohlen, den I. Nachtragshaushalt im Vermögenshaushalt von 53.237.500 DM um 20.270.000 DM auf 73.507.500 DM zu erhöhen. Die anderen Positionen blieben unverändert.

Herr Leeker teilt mit, der I. Nachtrag habe erfreulich hohe Summen und ergänze den Haupthaushalt nicht unerheblich, so dass manche Wünsche erfüllt würden. Alles könne jedoch in so kurzer Zeit nicht nachgeholt werden, was man in den letzten acht Jahren habe versagen müssen. So sehr man sich darüber freuen könne, so sollte man nie vergessen, dass man gut wirtschaften könne, dass man fantasievoll sein könne und dass man sicherlich auch sehr sparsam sein könne.

Diese Summe verdanke man in erster Linie dem Steuerzahler, der sein Geld in aller Regel nicht freiwillig hergegeben habe. Man habe nicht eigenes Geld zu verwalten, sondern das des Steuerzahlers, und dessen seien sich alle bewusst.

Wenn man jetzt glaube, dass alle Menschen froh seien über diese Summe und die geplanten Maßnahmen, so irre man sich. Als man diese ungeheuer große Summe von 20 Mio. DM der Presse habe entnehmen können, habe das Telefon nicht stillgestanden, denn alle Leute meinten, ihre Straße könne gemacht und ihr Wunsch könne selbstverständlich erfüllt werden.

Wenn man ihnen dann gesagt habe, dass das noch nicht möglich sei und man in der Fraktion selbst über 80 Wünsche aufgelistet habe, die nur teilweise erfüllt werden könnten, dann sei meistens Misstrauen das Echo gewesen, und es habe einige Zeit gebraucht, um dem Anderen klarzumachen, dass bei ihm selbst sicher auch ein Nachholbedarf existiere und er sich mit Sicherheit nicht alle seine Wünsche erfüllen könne, es sei denn, er sei sehr reich.

Die SPD-Fraktion habe es sich bei ihren Beratungen nicht leicht gemacht, denn auch bei ihr ständen die Wünsche im Raum, und man habe überlegt, wie man zu einem Kompromiss unter den von 26 Leuten geäußerten Begehrllichkeiten kommen könnte. Man habe einigermaßen versucht, die Defizite, die man meinte im Haushalt vorzufinden, auch zu reduzieren oder wegzubringen. Es sei also ein Kompromisspaket, das hier vorgelegt und im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen durchgesetzt worden sei.

Wenn nun der Eindruck entstanden sei, was ja behauptet werde von den politischen Mitbewerbern, dass man mit der Gießkanne durch das Land gegangen sei, so könne man auch den anderen Fraktionen vorwerfen, dass sie das Geld nicht an einer Stelle unterbringen wollten, sondern an vielen Stellen.

Seine Fraktion habe natürlich auch den Vorwurf bekommen, sie durchbreche die Prioritätenliste. Dazu müsse er sagen, dass auch die CDU-Fraktion in der Vergangenheit einzelne

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Straßen zusätzlich oder vorrangig gefordert habe. Er denke hier an die Mühlenstraße oder die Lilienstraße. Das sei nichts anderes, als wenn seine Fraktion den Westerweg forcieren oder die Eggenstraße.

Wenn sich jemand an seine Fraktion wende und diese der Überzeugung sei, dass das Begehren gerechtfertigt sei, dann müsse es erlaubt sein, dass man sich dafür einsetze. Bei einem Nachtragshaushalt von über 20 Mio. DM sei die Summe, die man insgesamt herausgenommen und für die man einen Deckungsvorschlag gemacht habe, relativ gering.

Er möchte auch darauf hinweisen, dass die NGO dem Rat die Haushaltshoheit gebe, und wenn 26 Leute so intensiv darüber nachdächten, ob das in Ordnung sei, und versuchten, die Wünsche der Bevölkerung zu berücksichtigen, dann sei das Sozialdemokratie.

Was die Vorwürfe in Sachen Gießkanne angehe, so habe man dem Entwurf der CDU entnommen, dass sie 150.000 DM für den TuS Rot-Weiß ausgeben wolle. Jeder wisse, dass der Platz 300.000 DM koste und nicht klar sei, wo die restliche Summe herkommen solle. Daher sei diese Summe auf der Liste völlig fehl am Platze. Man erreiche allenfalls damit, dass man anderen Geldgebern signalisiere, nicht so viel zu geben.

Man sei zurzeit damit beschäftigt, in Aurich beim Straßenbauamt zu versuchen, die gesamte Summe zu bekommen, denn der Verein sei nicht schuld daran, dass die Autobahn dort gebaut werde, und müsse sich darauf verlassen können, dass derjenige oder ein anderer die Finanzierung übernehme. Der Verein sei nicht liquide, um eine solche Summe aufzubringen.

In einigen Punkten sei man sich einig. So habe es beim Sportverein FT 03 eine fraktionsübergreifende Initiative gegeben. Auch in Sachen Finanzierung der Schule Wybelsum habe es Einvernehmen gegeben, aber wenn er dann lese, dass die CDU-Fraktion 20.000 DM für die Jugendräume in Wybelsum einsetze, wo lange bekannt sei, dass das 300.000 DM kosten solle, wisse er nicht, was man damit anfangen wolle. Man könne praktisch so verfahren wie von Herrn Wessels angeregt, nämlich das Haus in Wybelsum zu verkaufen oder es für den genannten Zweck zu nehmen, je nachdem wie die Jugendlichen es annehmen könnten.

Er denke, dass auch der Westerweg sich so verkaufen lasse. Für die Sanierung der Musikschule stünden 700.000 DM im Haushalt, wovon 250.000 DM bisher für das Dach verbaut worden seien. 400.000 DM würden noch gewünscht. Nach Auskunft des Architekten seien 1,6 Mio. DM aufzuwenden. Die genaue Summe könne bei einem Altbau niemand vorhersagen.

Angesichts dieser Situation müsse die Frage erlaubt sein, ob man das restliche Geld tatsächlich für die Sanierung des Gebäudes ausgeben wolle. Es handele sich um ein altes, denkmalgeschütztes Haus, das man sicher erhalten wolle, aber es habe z. B. in der Vergangenheit die Möglichkeit gegeben, das Gödenser Haus für eine symbolische Mark zu erwerben. Es sei daher zu überlegen, ob man dieses Haus auch anbieten könne. Er wisse, dass es möglich sei und es Interessenten gebe. Mit den noch fehlenden 1,6 Mio. DM ./ 250.000 DM könnte man vielleicht ein neues Haus bauen. Man befinde sich zwar in größter Zeitnot, aber vor jedem Schritt müsse es doch möglich sein, neu zu überlegen.

Was das Hallenbad angehe, so wisse vermutlich jeder, dass es verbessert werden müsse, aber man habe mit Sicherheit nicht die Summe zur Verfügung, die nötig sei, um alles zu reparieren. 4 Mio. DM seien sicherlich eine hohe Summe, aber es werde weiteres Geld nötig sein. Da die 4 Mio. DM nicht in diesem Jahr verbaut werden könnten und niemand wisse, welche Summe im nächsten Haushalt ausgegeben werden müsse, habe man sich erlaubt, etwas davon zu nehmen.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Seitens der CDU-Fraktion werde die Anschaffung eines Einsatzleitfahrzeuges für die Feuerwehr forciert. Nach dem letzten Brand sei jeder der Ansicht, dass der nächste Brand noch schwerwiegendere Folgen haben könnte. Seine Fraktion sei auch für die Anschaffung eines solchen Fahrzeuges, sehe aber keine Chance, einen Deckungsvorschlag zu machen. Man frage deshalb die Verwaltung, ob es nicht möglich sei, im Vorgriff auf den nächsten Haushalt einen Beschluss zu fassen, da die Lieferzeit dieses Fahrzeuges 15 Monate betrage. Damit wären sicherlich alle einverstanden.

Er möchte darum bitten, dass man angesichts der Situation beim Hallenbad über die verschiedenen Bauabschnitte, die geplant seien, unterrichtet werde. Lt. Angaben von Herrn Röttgers im Sportausschuss habe man bisher nur grobe Zahlen. Man möchte keine Fahrt ins Ungewisse und deshalb darüber informiert werden, was das tatsächlich koste.

Er möchte wiederholen, dass seine Fraktion sich sehr bescheiden verhalten habe in ihren Anforderungen. Sie sehe zurzeit keine Möglichkeit, weitere Beträge irgendwo herzunehmen. Er habe in den Gesprächen mit den anderen Fraktionen nur gehört, dass sie dem Entwurf, wie seine Fraktion ihn umgestaltet habe, nicht bzw. nur teilweise zustimmten. Es hätte die Situation entstehen können, dass seine Fraktion einige Dinge übernehme und unterstütze, und anschließend werde der gesamte Haushalt abgelehnt. Man habe nicht den Eindruck gehabt, mit den anderen Fraktionen einen Kompromiss durch Mehrausgaben zustande bringen zu können. Er denke, dass er das Wichtigste vorgetragen habe. Seine Fraktion stimme dem Nachtragshaushalt in der vom Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen abgeänderten Form zu.

Herr Bongartz erklärt, in den vergangenen Jahren sei es so gewesen, dass man sich bei den Nachtragshaushalten immer habe einigen können. Die wesentlichen Wünsche seien berücksichtigt worden. Nur in diesem Jahr kurz vor der Kommunalwahl scheine es nicht zu funktionieren, d. h. die SPD-Fraktion wolle mit Gewalt ihren Willen durchsetzen.

Grundsätzlich begrüße seine Fraktion die zur Verfügung stehende Summe, und der von der Verwaltung vorgelegte Nachtragshaushalt finde weitgehend ihre Zustimmung. Man habe in keiner Weise die Verwaltung bedrängt, eine Straße auszubauen, sondern einen Vorschlag unterbreitet, der sich dann im Verwaltungsentwurf wiedergefunden habe. Über fünf Jahre habe es einen Konsens gegeben, mit dem man gut gefahren sei, nämlich die Sanierung von Straßen, Wegen, Plätzen und Radwegen grundsätzlich der Verwaltung zu übertragen, die nach einer Prioritätenliste vorgegangen sei.

Nunmehr sei die SPD-Fraktion von diesem System abgewichen und habe einen eigenen Vorschlag eingebracht hinsichtlich des Ausbaus der Eggenstraße und des Radweges an der Cirksenastraße. Damit verlasse sie unmittelbar vor der Wahl einen guten Grundsatz, den immer alle berücksichtigt hätten.

Zu dem Zeitpunkt, als seine Fraktion die 20.000 DM für den Jugendtreff in Wybelsum eingebracht habe, sei noch niemandem bekannt gewesen, dass das Haus für 300.000 DM verkauft werden solle. Bei der gemeinsamen Besichtigung des Kellers habe sich ergeben, dass dieser nicht für den Zweck genutzt werden könne. Die SPD-Fraktion habe dann beschlossen, das Haus zu verkaufen und den Erlös für den Bau eines Jugendheimes einzubringen.

Für die Sanierung des Hallenbades habe die Verwaltung 4,2 Mio. DM in den Nachtrag eingestellt, und man gehe davon aus, dass dieser Betrag dafür auch notwendig sei, abgesehen davon, dass seine Fraktion eine andere Lösung favorisiere. Es könne nicht angehen, dass man sich jetzt einfach aus dieser Summe bediene und 330.000 DM für ein Feuerwehrauto herausnehme. Man müsse auch an das folgende Jahr denken, wenn man nicht mehr so üppige Finanzen vorfinde, wie es jetzt noch mit dem Nachtrag der Fall sei, und dankbar sei, die Restmittel aufgebrauchen zu können.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Seine Fraktion habe auch über die Musikschule nachgedacht und sei zu einer anderen Auffassung gelangt. Es handele sich um eines der wenigen alten Häuser, die noch übrig geblieben seien, und das könne man nicht einfach für 1,00 DM weggeben. Bei anderen historischen Gebäuden - er denke hier an die à Lasco Bibliothek oder die Neue Kirche, wo sich eigens ein Bauverein gegründet habe - werde alles für den Erhalt bzw. die Erneuerung getan.

Man müsse sich in jedem Fall Gedanken machen, wie die Sanierung zu Ende geführt werden solle und dann auch die entsprechenden Gelder zur Verfügung stellen. Das Problem Musikschule sei mit diesem Haushalt nicht gelöst.

Man stimme heute über den Haushalt der SPD-Fraktion ab, an dem man zwar beteiligt worden sei bezüglich der verteilbaren Gelder. Da man aber wie schon gesagt hinsichtlich des Hallenbades eine andere Auffassung vertrete, der bestehende Konsens bezüglich der Prioritätenliste verlassen worden sei und auch sonst die Wünsche seiner Fraktion nicht berücksichtigt worden seien, werde man dem Nachtrag nicht zustimmen.

Herr Renken führt aus, man habe das Straßenausbauprogramm so akzeptiert, und die einzige Fraktion, die davon abweiche, sei die SPD. Man überlege in der Fraktion, ob man die Eggenstraße nicht umbenennen solle in "Bürgermeister-Scholl-Straße".

Bezüglich des Radweges Cirksenastraße müsse man sich fragen, ob in einer ausgewiesenen Tempo 30-Zone überhaupt ein Radweg angelegt werden müsse. Es sei dort ein Radweg vorhanden gewesen, der in Parkbuchten umgewandelt worden sei. Das Konzept könne er nicht nachvollziehen. Es gebe ein Radwegeprogramm seit 5 Jahren, wo sich ein erheblicher Nachholbedarf aufgebaut habe.

Ein weiteres Beispiel für das Gießkannenprinzip sei die Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Straßenbeleuchtung von 100.000 DM um 6.000 DM, um in Wybelsum ein paar Lampen unterzubringen. Diese hätten auch aus dem vorhandenen Etat angeschafft werden können.

Es liege jetzt dieser Nachtrag über 20 Mio. DM auf dem Tisch. Wochenlang werde in jedem Ausschuss über die Haushaltspositionen, was den Umfang des Vermögenshaushaltes betreffe, diskutiert, aber wenn wirklich das Geld zur Verfügung stehe, werde darüber in den Fraktionen und im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen beraten, während die Ausschüsse, die die Gestaltungsaufgabe hätten für die verschiedenen Fachbereiche, weitgehend außen vor blieben, d. h. dort finde nur eine kurze Beratung statt.

Auch im nächsten Jahr werde einiges im Vermögenshaushalt vorhanden sein, und er möchte den Anspruch stellen, am Jahresende eine ehrliche Auskunft zu bekommen hinsichtlich eines möglichen Nachtragshaushaltes.

Die großen Projekte dieses Nachtragshaushaltes würden im Wesentlichen von allen Fraktionen getragen. Das Musikschulgebäude sollte so weit instand gehalten werden, dass es nicht in den nächsten Jahren gänzlich wegbreche. Es gebe viel Kritik in der Öffentlichkeit wegen der Erhaltung der wenigen historischen Gebäude. Er sei davon überzeugt, dass man irgendwann die Mittel aufreiben könne, um wirklich die ersten Schritte gehen zu können.

Eine Konzeption sei erforderlich, die auch andere Nutzungsmöglichkeiten enthalten könnte. Es komme darauf an, das Gebäude zu sichern, um überhaupt noch Konzepte in dem Gebäude realisieren zu können. Aus diesem Grunde sei man dem Verwaltungsvorschlag gefolgt.

Bezüglich des Hallenbades werde man sich darüber unterhalten müssen, welche Mittel insgesamt zur Verfügung gestellt werden könnten. Das Ergebnis der Prüfung durch die Archi-

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

tekten liege noch nicht vor. Trotzdem sei seine Fraktion dafür, diese Mittel einzustellen, aber parallel dazu weitere Konzepte sowie auch Finanzkonzepte auf den Tisch zu legen. Man habe Anspruch darauf, Alternativen zu bekommen und diese auch zu prüfen.

Er möchte einen letzten Punkt ansprechen. Seiner Fraktion habe auch in den letzten Jahren viel daran gelegen, die Ansätze für die Sanierung der Spielplätze zu erhöhen. Auch da sei es nicht möglich gewesen, aus den 20 Mio. DM 100.000 DM für die Sanierung eines Spielplatzes abzuzweigen. Vor 10 Jahren seien für die Spielplätze noch 412.000 DM aufgewendet worden, und heute sei man bei 220.000 DM angelangt mit fallender Tendenz. Hier müsse eine Korrektur erfolgen, weil sonst der Eindruck entstehe, dass Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Schwächsten betrieben werde.

Seine Fraktion werde dem Nachtragshaushalt in der Form, wie er zustande gekommen sei, nicht zustimmen können. Es habe sich schon in der Beratung des Anfangshaushaltes 2001 gezeigt, dass die Mehrheitsfraktion nicht mehr bereit gewesen sei, gemeinsame Lösungen zu finden, sondern hier eine Profilierung auf Kosten notwendiger Dinge erfolge.

Herr Bolinius führt aus, seine Fraktion habe die internen Beratungen für den Nachtragshaushalt 2001 bereits am 07.05.2001 abgeschlossen und danach absprachegemäß ihre bescheidenen Änderungsvorschläge an die Verwaltung und an die übrigen Fraktionen geschickt. Leider sei von der Mehrheitsfraktion, im Gegensatz zu früheren Jahren, keiner der Vorschläge seiner Fraktion, die die SPD nicht aufgeführt habe, übernommen worden.

Das sei mehr als bedauerlich, aber die Kommunalwahl stehe vor der Tür, nur so sei diese Betonhaltung zu verstehen. Man sei sich aber sicher, dass diese Ausnutzung der Macht ab September endgültig vorbei sei.

Insgesamt sei es ein positiver Nachtragshaushalt, der insbesondere dem Tief- und Hochbau einen positiven Schub geben werde. Arbeitsplätze würden gesichert. Viele marode Straßen und Gebäude könnten endlich saniert werden.

Er möchte die Änderungswünsche seiner Fraktion noch einmal kurz in Erinnerung rufen:

1. Es gehe einmal um die Mittel für die Naturforschende Gesellschaft für die Neukatalogisierung und Restaurierung der wertvollen **Käfersammlung**, die jetzt wahrscheinlich für immer nach Bremen gehen werde, wenn die SPD sich nicht doch noch im letzten Augenblick besinne oder die Verwaltung einen anderen Weg finde.
2. Das denkmalgeschützte **Gebäude der Musikschule** sei seit Jahren in vielen Bereichen marode und müsse dringend saniert werden. Das geschichtsträchtige Gebäude stelle zusammen mit dem ältesten Emden Götens Haus von 1551 ein hervorragendes Ensemble dar, das unbedingt zu erhalten sei. Die 400.000 DM seien nach ihrer Meinung gut angelegtes Geld. Man habe auch eine Verpflichtung der Geschichte gegenüber. Natürlich erwarte man noch ein detailliertes Sanierungskonzept von der Verwaltung, aber Eile sei hier angebracht. Ein Verkauf sei schwerlich möglich, denn dann müsse man eine neue Musikschule bauen. Es könne nicht angehen, dass die Musikschule wieder dezentral untergebracht werde.
3. Er sei verwundert darüber, dass die SPD-Fraktion zwei Dinge nicht aufgenommen habe. Der Küchentrakt der **Osterburgschule** sei marode, und die Fenster in diesem Trakt müssten dringend ausgewechselt werden. Kostenpunkt 50.000 DM. Durch herabfallende Teile bestehe Unfallgefahr. Er hoffe, dass hier aus Unterhaltungsmitteln Abhilfe geschaffen werden könne.
4. Für einen **Tartanbelag** auf dem Schulhof der Osterburgschule habe seine Fraktion 15.000 DM beantragt, um den hohen Lärmpegel bei den Ballspielen, insbesondere

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

beim Basketball nach Feierabend, für die Anwohner zu senken. Hierauf habe die SPD-Fraktion nicht reagiert.

5. Für den Ausbau des Dachbodens des Bürgerhauses in Petkum zu einem **Jugendtreff** habe seine Fraktion, wie die SPD, 50.000 DM beantragt. In Petkum gebe es außer einer kirchlichen Einrichtung keinen Jugendtreff. Seit Jahren werde den Jugendlichen immer wieder versprochen, diesen einzurichten. Jetzt müssten endlich Taten folgen. Allerdings wisse man immer noch nicht, ob man mit den Mitteln hinkommen werde. Eine seit Monaten zugesagte Kostenermittlung von der Verwaltung liege immer noch nicht vor.
6. Der Antrag seiner Fraktion vom 14.03.2001, in Widdelswehr in Höhe der **Bahnhofstraße eine Schlafampel**, insbesondere zur Schulwegsicherung, noch vor Inbetriebnahme der neuen Grundschule zu installieren, sei von der Verwaltung positiv entschieden worden.

Auch der Antrag vom 18.01.2001 auf Installierung einer **Schlafampel in Hilmarsum**, wegen der großen Unfallgefahr bei Überquerung der Straße, werde von der Verwaltung positiv gesehen. Die Neuinstallierung koste rd. 35.000 DM. Allerdings wolle die Verwaltung die jetzige **Schlafampel in Höhe Süderweg**, bei der Grundschule Jarßum, nach dort umsetzen. Die Umsetzungskosten beliefen sich auf rd. 20.000 DM.

Seine Fraktion fordere auch aus diesem Grunde, die Ampel - die ihre Berechtigung auch nach Schließung der Grundschule haben werde, insbesondere wegen der Benutzung des DRK-Heimes durch Senioren und für die Kirchenbesucher - in Jarßum stehen zu lassen und eine völlig neue in Hilmarsum einzurichten.

7. Was die Bereitstellung der **Mittel für FT 03** für das Sportheim betreffe, sei man sich innerhalb der Fraktionen einig gewesen.
8. Für den Bereich des **Früchteburgbadgeländes** habe seine Fraktion seit langem von der Verwaltung gefordert, dass Pläne für eine städtebaulich interessante Nutzung erarbeitet würden, jedoch keine utopischen, wie sie vor rund 2 Jahren von angeblich solventen Investoren vorgelegt worden seien. Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Verwaltung auf dem Markt, z.B. durch Anzeigen in überregionalen Zeitungen, das Gelände für ein Hallen-/Spaßbad verbunden mit einem erstklassigen Hotel anbieten sollte, um so Investoren zu gewinnen. Bevor die eingesetzten 4,2 Mio. DM für eine **Reparatur des Hallenbades** ausgegeben würden, sollte man auf dem Markt agieren anstatt nur zu reagieren oder gar nichts zu tun. Die Mittel sollten ihrer Meinung nach in diesem Punkt mit einem entsprechenden Sperrvermerk versehen werden.
9. Was den Jugendtreff in Wybelsum angehe, so hätten die Vertreter der Fraktionen zusammen mit den Mitarbeitern der Jugendförderung und des FD Liegenschaften sich dort umgesehen. Seiner Meinung nach sei es völlig unmöglich, in diesem Keller Jugendliche unterzubringen. Anschließend habe man sich das Haus in der Kloster-Langen-Straße angesehen, das nach Angaben des FD Jugendförderung für diesen Zweck geeignet sei. Die Verwaltung sollte eine Wertschätzung vornehmen, um danach zu entscheiden, ob an zentraler Stelle neu gebaut oder dort der Jugendtreff eingerichtet werden solle.

Obwohl seine Fraktion mit den meisten ihrer Vorschläge bei der SPD auf taube Ohren gestoßen sei, **werde sie dem Nachtragshaushalt zustimmen**. Dieser letzte von Herrn Hemken aufgestellte Nachtrag gebe dieser Stadt insgesamt einen positiven Schub, den man mit einer Ablehnung nicht verhindern wolle.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Herr Wessels weist darauf hin, dass nach Auflösung des Ortsrates Wybelsum und gleich nach dem Ausbau der Gefrieranlage von der Verwaltung geprüft worden sei, ob man dort Jugendräume einrichten könne. Die Verwaltung wie auch die Schule seien der Meinung gewesen, der Umbau wäre zu teuer und der Raum zu klein. Seitdem sei man auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten. Man habe vor fünf Jahren die Kosten auf 200.000 DM geschätzt und komme jetzt sicher auf 300.000 DM.

Er habe kein Verständnis dafür, dass die CDU-Fraktion sich jetzt in dieser Sache hervortue, nachdem seine Fraktion sich schon lange um einen Kompromiss bemühe. Es sei auf jeden Fall günstiger, das städtische Haus vernünftig herzurichten, als 300.000 DM in den Ausbau des Kellers zu investieren.

Herr Woldmer führt aus, für den Umbau des Bürgerhauses Petkum seien 50.000 DM im Haushalt enthalten. Von der Verwaltung sei signalisiert worden, dass diese Summe dafür nicht ausreiche. Er habe seine Fraktion gebeten, den Betrag zu erhöhen, was auch geschehen sei. Die Baugenehmigung sei inzwischen erteilt, die Pläne seien fertiggestellt, so dass nur noch das Signal für den Baubeginn gegeben werden müsse. Da die betreffenden Mitarbeiter des FD Jugendförderung sich zurzeit in Urlaub befänden, frage er den Oberbürgermeister, ob es nicht möglich sei, die Leute anzuweisen, mit den Arbeiten zu beginnen. Es sei lange genug darüber diskutiert worden, und man stehe bei den Jugendlichen im Wort.

Frau Everwien bemerkt, man könne zu bestimmten Dingen unterschiedlicher Auffassung sein, müsse deswegen aber nicht polemisch werden. Der Ausbau der Eggenstraße geschehe auf Wunsch der Fraktion und nicht von Herrn Scholl. 95 % des Haushaltes habe man gemeinsam erarbeitet, und letztlich gehe es um 5 %. Ob es da sinnvoll sei, den ganzen Nachtrag abzulehnen, sei dahingestellt.

Beim Radweg an der Cirksenastraße gehe es nicht darum, dass wieder ein Radweg angelegt werde, sondern die Stadtwerke hätten neue Leitungen verlegt und die Straße aufgerissen, und um alles wieder in Ordnung zu bringen, sei es sinnvoll, einen Zuschuss in Höhe von 110.000 DM zu geben.

Die Anschaffung des Feuerwehr-Fahrzeuges müsse nicht über diesen Nachtrag geregelt werden, sondern könne im Vorgriff auf den nächsten Haushalt erfolgen, da ohnehin eine Lieferzeit von 15 Monaten bestehe.

Herr Renken führt aus, er habe an der Besichtigung in Wybelsum teilgenommen und sich davon überzeugen lassen, dass der Vorschlag der CDU-Fraktion sich nicht realisieren lasse. Daraufhin sei von Herrn Wessels das städtische Haus in die Diskussion gebracht worden, das man sich angesehen habe. Er sei nicht davon überzeugt, dass dieses so ohne weiteres für ein Jugendzentrum geeignet sei, da es weit draußen liege und Veränderungen notwendig seien.

Seiner Meinung nach sollte man sich in der Jugendpolitik stärker auf Orte konzentrieren, die bereits mit Ganztagsbetreuung zu tun hätten, und weniger nach neuen Häusern suchen. Er habe deshalb auch den Vorschlag begrüßt, evtl. einen Anbau an der Schule, der ein Ort der Begegnung sei, vorzunehmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2001 unter Einbeziehung der als Anlage beigefügten Änderungsliste.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dafür: 25
Dagegen: 14

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 11: Vorlage 13/1547
Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2002

Herr Hemken führt aus, bei dieser Vorlage gehe es um die Erstellung eines Grobkonzeptes für das Jahr 2002, d. h. es würden die Weichen gestellt, um einen ausgeglichenen Haushalt 2002 zu erreichen. Dieser Punkt sei ausführlich im Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Finanzen behandelt worden. Ebenso habe der VA eine entsprechende Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die dieser Vorlage als Anlage beige-fügten Eckdaten zum Haushalt 2002.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 12: Vorlage 13/1583
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Herr Hemken erläutert die über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2001.

(Herr Hegewald verlässt die Sitzung.)

Herr Hellmann möchte zu Punkt 1 b) wissen, ob der Firma bekannt sei, dass die 250.000 DM auf sie abgewälzt werden könnten. Man müsse sich nicht wundern, wenn keine Gewerbebetriebe mehr kämen.

Herr Hemken erwidert, das Gegenteil sei der Fall, d. h. es gehe um die Einwerbung von Zuschüssen. Die Stadt schließe mit dem Land einen Erbbaurechtsvertrag und mit der Firma einen Untererbbaurechtsvertrag, um in den Genuss entsprechender Zuschüsse zu gelangen. Die Firma sei mit diesem Vorgehen einverstanden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2001 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zu:

1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig -	DM
a) 1110-7175 Aktion Hauptwohnsitz Erstsemestler	56.400,00
b) 8820-5400 Grundstücksbewirtschaftung	250.000,00
2. Verwaltungshaushalt - außerplanmäßig -	
a) 8820-5300 Erbbauzinsen an das Land Niedersachsen	610.000,00
b) 9020-8315 FAG - Umlage	747.200,00
3. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -	
a) 5110-9810 Krankenhausumlage	72.700,00
b) 7000-9652 Kanalisation Petkum	100.000,00
c) 7000-9630 Kanalisation Wybelsum	120.000,00

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 13: Vorlage 13/1582
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2001

Herr Hemken gibt Erläuterungen zur Vorlage.

Herr Bolinius führt aus, seine Fraktion habe den Antrag gestellt, für die Käfersammlung der Naturforschenden Gesellschaft 10.000 DM in den Nachtrag einzustellen. Diesem Antrag sei nicht entsprochen worden, während man einem Antrag von Herrn Haase, 6.000 DM für den Kaninchenzuchtverein J 49 bereitzustellen, gefolgt sei. Er hoffe, dass man die 10.000 DM auch noch bekomme.

Herr Brinkmann erklärt, die Überlegungen der Verwaltung gingen dahin, Summen unter 100.000 DM eigentlich nicht in den Nachtrag einzubringen. Wenn das durch die Mehrheit des Rates geändert werde, habe man das zu akzeptieren. Bei dem Betrag für den Kaninchenzuchtverein handele es sich um eine alte Zusage, die man jetzt erfülle. Der Betrag werde auch nicht in den Nachtrag eingestellt, sondern im Rahmen der Verwaltungskompetenzen bereitgestellt. Bezüglich des von Herrn Bolinius genannten Betrages werde man sehen, was man machen könne.

Auf die Frage von **Herrn Bolinius**, wieso es sich bei Ausstellungskäfigen um Investitionen handele, erwidert **Herr Hemken**, dass das nur ein Zuschuss sei, die Gesamtinvestition sei sehr viel größer.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

(Frau Grix und Herr Woldmer verlassen die Sitzung.)

Punkt 14: Vorlage 13/1053/3
Bebauungsplan D 17 A (Kreisverkehr Kreuzung Petkumer Straße/Zum Nordkai)
- Satzungsbeschluss

Herr Hellmann führt aus, seine Fraktion sei grundsätzlich für den Kreisverkehr, in diesem Falle werde das jedoch anders gesehen. Man müsse überlegen, welche Probleme man damit lösen wolle. Ein Kreisverkehr sei dafür da, um verschiedene Ströme zu bündeln. Im Bereich Petkumer Straße gebe es sowohl stadteinwärts als auch stadtauswärts keine Probleme, sondern die gebe es beim Abbiegeverkehr für den Fahrrad- und Fußgängerverkehr.

Dafür jedoch einen Kreisverkehr einzurichten, sei ihrer Meinung nach viel zu aufwendig. Wenn man für die Fußgänger und Radfahrer eine Lösung schaffen wolle, dann müsse man den Rad- und Fußweg etwas weiter in den Hafen hinein verlegen.

Die Problematik werde vielmehr in dem hohen Verkehrsaufkommen in der Petkumer Straße gesehen, das man so nicht mehr akzeptieren könne. Ein Alternativvorschlag wäre, den Verkehr durch die Trogstrecke und an der Straße Am Ledigenheim vorbei über die Borssumer Schleuse zu leiten, um den Knoten zu entflechten.

Unterführungen für Fußgänger und Radfahrer gehörten nicht zu den vertrauenswürdigen Dingen und man bezweifle, ob eine solche an der Petkumer Straße in einer wenig belebten Gegend in der dunklen Jahreszeit überhaupt angenommen werde, insbesondere von Kindern und älteren Menschen.

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Nach Meinung seiner Fraktion sei der Kreisverkehr sicherlich nicht die richtige Lösung, es sei denn, die Verwaltung könnte heute sagen, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre ein Autobahnanschluss komme. In diesem Falle könnte man der Vorlage zustimmen, ansonsten lehne man sie ab, da es andere Gestaltungsvorschläge gebe, die sicher besser seien.

Herr Röttgers erklärt, die östlichen Hafenbereiche hätten sich enorm entwickelt zum Wohle der Stadt, was sich natürlich auf das Verkehrsaufkommen auswirke. Die Hafenanbindung Ost bedürfe dringend einer Verbesserung, d. h. eine direkte Verbindung von der Straße Zum Nordkai zur Autobahn sei vonnöten, was gleichzeitig eine großräumige Umgehung von Friesland und eine Entlastung von Borssum bedeute.

Der Kreisverkehr sei ein notwendiger Baustein für eine solche Lösung und die bessere Form, um alle Verkehre ordentlich abzuwickeln. Der positive Aufnahmebescheid in das GVFG-Förderprogramm liege vor, d. h. die Maßnahme werde von den Gutachtern unterstützt und bestätigt.

Solange eine direkte Anbindung an die Autobahn möglich erscheine, sei jede Alternativdiskussion nicht sinnvoll. Man müsse daher abwarten, bis eine Entscheidung gefallen sei. Selbst wenn andere Varianten überlegt würden, sei der Kreis immer noch die sinnvollste Lösung.

Herr Dr. Beisser ruft die Äußerung der Mehrheitsfraktion in Erinnerung, dass man vor jedem Schritt innehalten und überlegen sollte. Seine Fraktion wende sich nicht gegen den Kreis selbst, sondern gegen die Zeitschiene. Man sollte zunächst die Gutachten abwarten und dann endgültig entscheiden. Aus diesem Grunde werde man gegen die Vorlage stimmen.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass man dann auch damit einverstanden sein müsse, keine Zuschüsse zu bekommen.

Herr Leeker führt aus, im Stadtplanungsausschuss habe man sich in epischer Breite über dieses Thema unterhalten, die Argumente ausgetauscht und immer davon gesprochen, dass der Kreisverkehr in der Tat als ein Baustein angesehen werde. Es sei darauf hingewiesen worden, dass das Land in einer vertraglichen Verpflichtung sei, weil es sich um einen Landeshafen handle, und es sei immer wieder dargelegt worden, dass man einen Zuschuss bekomme. All das zusammen bringe seine Fraktion dazu, sich so zu verhalten. Wenn die anderen Fraktionen dem nicht zustimmen könnten, dann sei das nicht zu ändern, aber man mache sie dann für ihr Verhalten verantwortlich.

Herr Renken teilt mit, seine Fraktion habe ihre Bedenken in den Ausschüssen angemeldet. Auch sie sage grundsätzlich Nein zu dem Kreis an diesem Standort und habe erwartet, dass eine alternative Planung auf den Tisch gelegt werde mit einem Radweg auf der gegenüberliegenden Seite. Das sei nicht der Fall.

Er hätte auch gern gewusst, mit welcher Priorität das Land die geplante Autobahnanbindung zum Bundeswegeplan angemeldet habe, wann vor dem Hintergrund sinkender Steuereinnahmen des Bundes überhaupt mit Mitteln zu rechnen sei und welche Zeitschiene vom Land eingeplant sei.

Herr Brinkmann erklärt, der schwere Unfall, der dort passiert sei, habe ihn tief betroffen gemacht, und er habe sich damals geschworen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diesen Gefahrenpunkt abzumildern. Er sei zusammen mit Herrn Röttgers und Herrn Haase im Wirtschaftsministerium gewesen, und der zuständige Mitarbeiter habe wörtlich erklärt, das Land Niedersachsen habe ein großes Interesse daran, dass die Infrastruktur zum Emdener Hafen in Ordnung sei. Deshalb werde man sich dafür einsetzen, dass diese Anbindung um-

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

gesetzt werde, und wenn das nicht aus GVFG-Mitteln möglich sei, dann werde diese Zufahrt aus anderen Mitteln gebaut.

Vor diesem Hintergrund habe er sich mit seinen Mitarbeitern um die Aufnahme des Kreisels in das Förderprogramm bemüht, und wenn der Rat das nicht beschließe, dann werde er nicht davon ablassen, sich dafür einzusetzen, dass der Kiesel und der Tunnel zur Sicherung der Radfahrer und Fußgänger in dieser Straße komme. Er wisse, wovon er rede, denn er fahre diese Strecke viermal am Tag.

Beschluss: Die Anregungen 2 a und 3 werden berücksichtigt. Die Anregung 2 b wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen 1 und 2 c werden nicht berücksichtigt.

Der Bebauungsplan D 17 A nebst Begründung wird als Satzung gem. § 10 Baugesetzbuch beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit
Dafür: 21
Dagegen: 11
Enthalt.: 4

Punkt 15: Vorlage 13/1531
Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung)

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 13/1531 als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung).

Ergebnis: einstimmig

Punkt 16: Vorlage 13/1589
Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Emden
- Aufstellung bzw. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- öffentl. Auslegung und Beteiligung Träger öffentl. Belange

Beschluss: Das Verfahren zur Aufstellung bzw. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes nach § 5 Nieders. Abfallgesetz für die Stadt Emden wird durchgeführt.

Der Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes wird öffentlich ausgelegt und es erfolgt eine Beteiligung der Träger öffentl. Belange.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 17: Vorlage 13/1572
Änderung der Satzung über die Bildung des Stadtteilbeirats im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt" für den Stadtteil Barenburg

Beschluss: Der § 5 der Satzung über die Bildung eines Stadtteilbeirats im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt" für den Stadtteil Barenburg wird wie folgt geändert:

"Die gewählten Mitglieder sollen in Barenburg ihren Wohnsitz oder Arbeitsplatz haben oder in einer der in Barenburg ansässigen Einrichtungen und Organisationen ehrenamtlich tätig sein."

Ergebnis: einstimmig

Punkt 18: Vorlage 13/1553
Errichtung einer neuen Grundschule im Stadtteil Constantia zum 01.02.2002

Herr Röttgers gibt die vom Schulausschuss ausgesprochene abweichende Beschlussempfehlung bekannt.

Abweichender Beschluss: Im Stadtteil Constantia wird zum 01.08.2002 in Form einer Teilung der Grundschule Larrelt gem. § 106 Abs. 1 NSchG eine neue zweizügige Grundschule errichtet. Sie trägt den Namen "Grundschule Constantia". Der Schulbezirk erstreckt sich auf das in der Anlage 1 dargestellte Wohngebiet.

Die erforderliche schulbehördliche Genehmigung gem. § 106 Abs. 6 NSchG ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems zu beantragen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 19: Vorlage 13/1554
Satzung zur Änderung der "Benutzungs- und Gebührenordnung für die Überlassung von Schulräumen und Schulsportplätzen der Stadt Emden für schulfremde Zwecke" vom 5. Januar 1988

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügte Satzung zur Änderung der "Benutzungs- und Gebührenordnung für die Überlassung von Schulräumen und Schulsportplätzen der Stadt Emden für schulfremde Zwecke" vom 5. Januar 1988.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: Vorlage 13/1555
Miet- und Benutzungsordnung für die Stadtbildstelle Emden

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügte "Miet- und Benutzungsordnung für die Stadtbildstelle Emden".

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Punkt 21: Vorlage 13/1559
Satzung zur Änderung der "Satzung über die Benutzung städtischer Schulhöfe als Kinderspielplätze"

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügte Satzung zur Änderung der "Satzung über die Benutzung städtischer Schulhöfe als Kinderspielplätze" vom 15.02.1978, in der Fassung vom 18.04.1985.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 22: Vorlage 13/1580
Satzung zur Änderung des Tarifs über Entgelte für die Nutzung des Hallenbades und des Freibades Borssum der Stadt Emden

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage (Anlage 1) beigefügte Satzung zur Änderung des Tarifs über Entgelte für die Nutzung des Hallenbades und des Freibades Borssum der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 23: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. **Herr Brinkmann** teilt mit, anlässlich der Verleihung der Urkunden im Rahmen der Aktion "Saubere Stadt" habe er nicht alle Urkunden verteilen können. Das wolle er heute nachholen und den Vorsitzenden der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P., CDU sowie SPD mit den Ortsvereinen Stadtmitte Constantia, Ost, Friesland/Borssum/Hilmarsum und Wybelsum die Urkunden überreichen.

Er möchte sich bei allen für ihren Einsatz bedanken sowie auch bei denen, die auf die 200 DM zugunsten der Aktion verzichtet hätten.

- - - - -

2. **Herr Rötters** führt aus, Herr Leeling von der Anker-Schiffahrtsges. mbH & Co. habe ihn gebeten, seinen Dank für die große Hilfsbereitschaft, für die tatsächliche und ideelle Hilfe weiterzugeben an Rat und Verwaltung, insbesondere aber an die Feuerwehr. Er möchte deshalb an dieser Stelle der Feuerwehr für ihren Einsatz großen Dank aussprechen.

Herr Leeling habe mitgeteilt, dass die Halle zügig und vielleicht sogar größer wieder aufgebaut werden solle; er rechne mit der Fertigstellung in drei Monaten. Man habe sich darauf verständigt, dass die Stadt bei den erforderlichen Genehmigungen selbstverständlich unkonventionell behilflich sein werde. Zwischenzeitlich würden alle Möglichkeiten der direkten Verladung und der Zwischenlagerung genutzt. Es sei nicht einfach, aber man komme über die Runden.

Anfragen der Zuhörerinnen und Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 23.05.2001

Herr Dr. Kleinschmidt richtet am Ende der Sitzung folgende Worte an die Versammlung:

"Für Herrn Hemken ist es heute die letzte Ratssitzung. Er hat den Rat begleitet schon als Leiter der Kämmerei als Mitarbeiter von Herrn Ubrich und nach dessen Weggang dann als Stadtkämmerer und Erster Stadtrat. Er war für den Rat immer ein kompetenter Gesprächspartner und Auskunftgeber, und wir sagen ihm dafür herzlichen Dank.

Für mich persönlich war Herr Hemken schon von Beginn meiner Tätigkeit bei der Verwaltung an und später im Rat ein ständiger Wegbegleiter mit übrigens einer vergleichbaren Karriere, wie ich sie auch hatte: vom Verwaltungslehrling oder juristischen Hilfsarbeiter bis zu einer Spitzenposition. Es hat mir immer Freude gemacht, mit Ihnen, Herr Hemken, zu arbeiten oder auch zu flachsen. We hem eengtlich noit so recht Skandal mitnanner hat!

Ich bedauere es daher sehr, dass Sie gehen. Ich möchte Ihnen im Namen des Rates und auch persönlich ein herzliches Dankeschön sagen. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute, und da Sie am Orte bleiben, werden wir uns nicht aus den Augen verlieren."

Im Anschluss an die Sitzung findet die offizielle Verabschiedung von Herrn Hemken durch Rat und Verwaltung statt. Der Oberbürgermeister und die vier Fraktionsvorsitzenden würdigen die Verdienste des scheidenden Kämmerers und Ersten Stadtrates um das Wohl der Stadt Emden. Herr Hemken trägt sich in das Goldene Buch der Stadt ein.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.50 Uhr.